54. Jahrgang. № 348. Donnerstag, 16. Dezember 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Briefen von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Tarif ... Beilagen ... Sonn- und Feiertagen ... Familien-Nachrichten ... Ausklänge ... nur gegen Voreinsendung ...

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Billige Kodaks

Bildgr. 6 × 9 cm Mark 10,—
6 × 11 „ „ 13,50
8 × 10½ „ „ 22,—

Carl Plaul, Königl. u. Prinzl. Hofl. Wallstr. 25.

Apotheker Peters Albumol, arzneilicher **Eier-Lebertran** mit Hährsalzen, aus frischen Eiern und Vegetabilien. Wohlschmeckender, ohne lästigen Tranngeschmack, Brechen u. Sodbrennen beseitigend, Appetit anregend, Gedeihen befördernd, Blutbildung fördernd, Nervenkraft stärkend. Vorzügliches, ärztlich empfohlenes Heilmittel für **schwächliche Kinder** u. **Erwachsene** bei Drüsenleiden, Lungenleiden, Hautausschlag, Flechten, Rhachitis etc. Flasche 0,75, 1,50, 2,50 Mk. Kleinverkauf u. Versand für das Königreich Sachsen: **Salomonis-Apotheke,** Dresden-A. Neumarkt 8.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant • Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Gelinder Frost, vielfach heiter.

In Braunschweig fand gestern in Anwesenheit des Kaiserpaares die Hochzeit des Herzogregenten Johann Albrecht mit Prinzessin Elisabeth zu Stolberg-Roßla statt. Der König von Sachsen war durch den Generalleutnant von Lassert vertreten.

Die von britischer Seite aufgestellte Behauptung, daß in der deutschen Marine ständig englandfeindliche Toaste ausgebracht würden, bezeichnete Prinz Heinrich von Preußen als gemeine Lüge.

Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg erhielt den Schwarzen Adlerorden.

Major von Parseval hat sich jetzt an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg als Privatdozent für Luftschiffahrt habilitiert.

Die parlamentarische Krise in Oesterreich hat ihren Höhepunkt erreicht; man erwartet die Auflösung des Parlaments.

Die Lage in Ostasien

beschäftigt neuerdings die russische Presse wieder in sehr lebhafter Weise. Dabei lassen sich zwei scharfe gegensätzliche Richtungen erkennen, deren eine unter Berufung auf die Berichte hoher Militärs sich sehr beunruhigt zeigt und in kurzer Frist einen abermaligen Krieg mit Japan befürchtet, während die andere, die von Herrn Iswolski beeinflußt wird, nicht bloß von Kriegsgefahren nichts wissen will, sondern in geheimnisvollen Andeutungen sogar höchst erfreuliche Dinge, die angeblich von dem Reiche der aufgehenden Sonne zu erwarten sind, in Aussicht stellt. Bezeichnend für die Organe, welche die optimistische Auffassung vertreten, ist der Umstand, daß sie sich nicht enthalten können, den Allerweltspopanz Deutschland auch in diesem Falle an die Wand zu malen. Danach soll es nämlich nur die deutsche, von der österreichischen unterstützte Presse sein, die ungünstige Gerüchte ausstreue. Die böse deutsche Presse hetze absichtlich „kleine Mißverständnisse" zwischen Japan und Rußland zu Haupt- und Staatsaktionen auf und suche krampfhaft einen casus belli zu schaffen, um — die russische Diplomatie von ihrer Aufgabe im nahen Orient, den Deutschland selbst aufs Korn genommen habe, abzuhalten. Da haben wir also den Salat! Deutschland ist wieder, wie immer, der Unheilstifter und, wenn es nach ihm ginge, führen sich über Nacht Russen und Japaner in die Haare und zerrauften sich gegenseitig, während inzwischen die nimmersatten Deutschen den ganzen Balkan in die Tasche steckten. Man kann sich nur wundern, daß angesichts der fortgesetzten, durch zweifellose Taten bewiesenen Friedfertigkeit und Loyalität der deutschen Politik das auswärtige Publikum nicht endlich einmal die abgestandenen Flunkereien über angebliche deutsche Hintertreppenwirtschaft und Eroberungsgelüste gründlich satt bekommt.

Schält man, soweit es dem fernstehenden Beobachter möglich ist, aus den widersprechenden Meldungen und Erörterungen über die Verhältnisse in Ostasien den sachlichen Kern heraus, so ergibt sich eine Lage, auf die sich das bekannte Saborische Wort anwenden läßt: „Es geht etwas vor, man weiß nur noch nicht, was." Die Japaner haben allem Anscheine nach nicht die Absicht, sich auf absehbare Zeit mit den Erfolgen ihres ersten großen Krieges gegen Rußland zufrieden zu geben und sich einer Politik ruhiger und stetiger Entwicklung nach außen und innen auf der Grundlage ihres gegenwärtigen territorialen Besitzes zu widmen. Die Anzeichen deuten vielmehr darauf hin, daß der „Nipponismus", wie der japanische nationale Chauvinismus bezeichnet wird, noch im Wachsen begriffen ist und nach weiterer Betätigung lechzt. Genährt wird diese Bewegung durch die außerordentlich starke Bevölkerungszunahme des japanischen Reiches, welche die inländische Ernährungsmöglichkeit weit übersteigt und den Japanern eine nationale Ausdehnungspolitik mit geradezu zwingender Gewalt nahelegt. Die Hauptfrucht, die Japan durch den Sieg über Rußland zufiel, war der Weg in die südliche Mandschurei. Den Abfluß, den sie hier für ihre Bevölkerung und ihren Handelsverkehr fanden, genügte aber den Japanern nur kürzere Zeit, so daß sie schon jetzt auf und daran sind, sich von Korea aus mehrere Wege auch nach der nördlichen Mandschurei zu öffnen. Dadurch aber ist in der Tat ein neuer Konfliktsfall mit Rußland gegeben, weil dieses ebenfalls ein Auge auf die Nordmandschurei geworfen hat, um sich hier für den Verlust seiner früheren südmandschurischen Interessensphäre schadlos zu halten.

Ein weiteres wohl beachtliches Merkmal der Lage ist die Annäherung, die sich gleichzeitig zwischen Japan und China vollzogen hat, allerdings nicht auf dem Fuße der Gleichberechtigung beider Staaten, die von dem Reiche der aufgehenden Sonne nie anerkannt werden wird, sondern in dem Sinne eines chinesischen Vasallenverhältnisses, bei dem die Chinesen nach der japanischen Pfeife zu tanzen haben. Die erste Wirkung dieser engeren chinesisch-japanischen Beziehungen ist bereits in der offiziellen Beschwerde in die Erscheinung getreten, welche die Pekinger Regierung gegen das russische Vorgehen in der Nordmandschurei an die Mächte gerichtet hat. Es wird vielfach geglaubt und ist nach der ganzen Sachlage sehr wahrscheinlich, daß die chinesische Regierung ihren Vorstoß gegen Rußland nicht aus eigener Initiative, sondern par ordre du mufti, auf japanisches Geheiß und als Willensvollstrecker der leitenden Tokioter Kreise unternommen hat. Als Preis für die Pekinger Handlangerdienste soll Japan den Chinesen das volle Verfügungsrecht über die südmandschurische Bahn gewährt haben, natürlich mit dem Hintergedanken, daß es bei gelegener Zeit die Bahn den Chinesen wieder wegkapern wird. Der Chinese gilt nun einmal dem Japaner als minderwertig und wird von diesem nur so weit gewertet, als die unter strammer japanischer Oberhoheit zu regelnde Mithilfe bei der Begründung der Vorherrschaft der gelben Rasse in Ostasien in Frage kommt. Es kann daher auch von vornherein nicht zweifelhaft sein, daß es sich bei dem gegenwärtigen gemeinsamen Vorgehen Japans und Chinas gegen Rußland auf japanischer Seite lediglich um eine Ausnutzung Chinas zu spezifisch japanischen Zwecken und Interessen handelt. Dabei bleibt allerdings die Frage offen, ob ein durch Reformen auf eine höhere politische und kulturelle Stufe gehobenes China sich die japanische Behandlung von oben herab weiter gefallen lassen wird. Ein selbständig entwickeltes chinesisches Reich würde ohne Zweifel den Japanern ernstlich zu schaffen machen und ihre jetzt so sichere Zukunftsrechnung wesentlich beeinträchtigen.

Sieht man von der Möglichkeit der späteren Entwicklung eines Gegensatzes zwischen Japan und China für jetzt ab, so bleibt für die Gegenwart die Tatsache bestehen, daß die beiden gelben Reiche sich zu einer gemeinsamen Aktion gegen Rußland zusammengefunden haben, aus der sich nach einer in Petersburger politischen Kreisen gehegten Befürchtung unter Umständen sogar ein Bündnis entwickeln könnte, dessen naheliegender Zweck ein Krieg gegen Rußland wäre, um dieses vor der Vollendung der Amur-Bahn und des zweiten Gleises der sibirischen Bahn derartig zu schwächen, daß es als maßgebender Faktor in Ostasien endgültig ausgeschaltet würde. Es ist begreiflich, daß die russische Politik einer so unliebsamen Eventualität nach den üblen Erfahrungen des japanischen Krieges mit allen Mitteln aus dem Wege zu gehen sucht. Ein abermaliger ostasiatischer Krieg würde der größten nationalen Abneigung in Rußland begegnen und so von vornherein den Keim eines unglücklichen Ausganges in sich tragen. Im höchsten Grade volkstümlich ist dagegen die von der Begeisterung der Panslawisten getragene Ausdehnungspolitik auf dem Balkan, die dem russischen Ansehen nach der Hoffnung der Petersburger Diplomatie alles wieder einbringen soll, was es in den letzten Jahren im Anschluß an das ostasiatische Kriegsunglück eingebüßt hat. Die neueste Orientierung der russischen auswärtigen Politik durch Herrn Iswolski läßt keinen Zweifel darüber, daß Rußland entschlossen ist, für die nächste Zeit den Schwerpunkt seiner Bestrebungen in die Balkanfrage zu verlegen. Dazu aber braucht es unbedingt Ruhe in Ostasien, und wenn man die beschwichtigenden Stimmen der Iswolski-Presse unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, so läßt sich daraus nur der Schluß ziehen, daß die zarische Diplomatie zurzeit gewillt ist, alles, was irgend in ihrer Macht steht, zu tun, um einem erneuten Waffengange mit Japan auszuweichen, selbst auf die Gefahr hin, daß zur Erreichung dieses Zweckes weitere erhebliche Zugeständnisse an den „Nipponismus" auf Kosten der russischen Machtstellung in Ostasien gewährt werden müßten. Da auch das Londoner Kabinett nachdrücklich auf Frieden gestimmt ist, weil ihm die von einem Kriege voraussichtlich zu gewärtigende abermalige Stärkung der japanischen Macht höchst unerwünscht wäre, so wird wohl die offenbar von Herrn Iswolski selbst inspirierte Mitteilung der russischen Presse, daß man in nächster Zukunft mit einer engeren russisch-japanischen Annäherung zu rechnen haben werde, der tatsächlichen Unterlage nicht entbehren, wobei nur hinzuzufügen bleibt, daß Rußland bei dieser „Annäherung" nicht der gewinnende Teil sein wird.

Neueste Drahtmeldungen

vom 15. Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Beiprechung der **Arbeitsnachweis-Interpellationen** wird fortgefahren. Abg. Fuhrmann (natl.) tritt für den Zechenarbeitsnachweis ein. Die Arbeiterverhältnisse im Ruhrrevier seien geradezu unhaltbar geworden. Vielfach meldeten sich Arbeiter nicht nur bei einer Zeche, sondern gleich bei mehreren. Und dadurch entstehen den Unternehmern ernste Verlegenheiten. Die Sicherheit der Betriebe werde dadurch bedroht. Die ganze wirtschaftliche Struktur habe sich seit 1870 stark verändert, wir seien aus einem Agrarstaat ein Industriestaat geworden. Kohlenbedarf und Produktion seien enorm gestiegen, jetzt bis auf 82,7 Millionen Tons. Der Bedarf an Bergarbeitern habe entsprechend zugenommen, bis auf mehr als 300 000 Mann gegenwärtig, die auch zum Teil aus landwirtschaftlichen Gebieten entnommen würden. Auch seine Freunde strebten nach einem paritätischen Arbeitsnachweise. Aber die Arbeitnehmer hielten selber davon wenig, versuchten vielmehr, auch die Arbeitsnachweise als politisches Kampfmittel auszugestalten. Druck erzeugt Gegendruck. Die Arbeiter könnten sich nicht wundern, wenn auch die Unternehmer sich organisiert und sich einen Arbeitsnachweis geschaffen hätten. Der paritätische Arbeitsnachweis verfalle zu leicht der Bureaukratisierung. Die Arbeiter würden nicht auf die richtigen Stellen verteilt. Jeder komme an eine Stelle, die gerade frei sei, aber nicht der rechte Mann an die rechte Stelle. Eine weitere Schwierigkeit der paritätischen Nachweise liege auch in ihrer Stellungnahme zu Streiks und Aussperrungen. Der Arbeitsnachweis im Ruhrrevier weise jedenfalls manche Mängel des sogenannten Hamburger Systems nicht auf. Er und seine Freunde hofften, daß der Zechenverband dieses Instrument in loyaler und friedlicher Weise handhaben würde. Die Herren vom Zechenverband sollten sich jedenfalls ihrer großen Verantwortlichkeit bewußt sein, namentlich in bezug auf eine geeignete Beamten-Auswahl. Möchten auch die Arbeiter ihrerseits nicht Oel ins Feuer gießen und sich vorsehen, die Unternehmungslust und Arbeitsfreudigkeit der Unternehmer nicht zu stören. (Beifall bei den Nationalliberalen.) — Abg. Manz (freis. Volksp.): Der Zwangsarbeitsnachweis sei und bleibe jedenfalls ein gefährliches Experiment in der schwülen jetzigen Temperatur. Beide Teile sollten sich verständigen, damit die soziale Kluft nicht noch erweitert werde. Die Arbeitgeber träten oft sehr diktatorisch auf. Der Zwangsarbeitsnachweis berge die Gefahr, daß man die Arbeiter nach ihrer Gesinnung kontrolliere und beschnüffele. In Hamburg und Mannheim scheine man nicht mit anständigen Waffen zu kämpfen. Darunter litten die Freizügigkeit und das Recht der politischen Betätigung. Das verstoße gegen die guten Sitten. Seine Freunde verträten unbedingt das Prinzip des paritätischen Arbeitsnachweises. Aber im Handumdrehen lasse sich die Sache nicht schaffen. Durch die Arbeitskammern werde sie jedenfalls gefördert werden. — Abg. v. Tirkßen (Reichsp.): An der schwülen Lage im Ruhrrevier sind jedenfalls nicht die Zechenverwaltungen schuld. Waren denn die Interpellationen überhaupt noch notwendig nach der Antwort des preußischen Handelsministers? An sich gehört diese Angelegenheit überhaupt nicht zur Kompetenz des Reichstages. Wer die Antwort des Ministers gelesen und den Staatssekretär gestern gehört hat, kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Zechenverband berechtigt war, den Zwangsnachweis einzuführen, und daß Mißstände daraus gar nicht zu erwarten sind. Woher kam denn die moralische Entrüstung? Nur daher, daß ein Teil der Presse und daß sogar Leuchten des Katheders immer nur an die großen Massen denken. Der Arbeitgeber hat aber dasgleiche Recht wie der Arbeiter. Die Arbeitgeber-Nachweise funktionierten durchaus gut. Die paritätischen Nachweise einschließlich der kommunalen haben bisher sehr wenig geleistet im Vergleich zu den Arbeitgeber-Nachweisen. Gibt es doch sogar paritätische Nachweise, die Gebühren erheben, ja solche, die sogar schwarze Listen führen, z. B. der des Buchdrucker-Verbandes, über die Gehilfen, die nicht zum Verbande gehören. Meine Freunde stehen nach alledem den Anregungen der Interpellanten und insbesondere einer Konzentration der Arbeitsnachweise ablehnend gegenüber, wenigstens für jetzt. Einstweilen genügt zur Abstellung etwaiger Mißstände das uns gestern angekündigte Stellenvermittlungsgesetz. Eine besondere Genugtuung hat uns gestern der Staatssekretär bereitet mit seiner Auslegung des Begriffs der Koalitionsfreiheit, mit seiner Feststellung, daß das Koalitionsrecht nicht nur gilt für die Arbeiter, sondern auch für die Unternehmer. Wir sind ihm für diese Objektivität dankbar. (Beifall rechts.) — Abg. Kulerski (Pole): Der Vorredner gehe davon aus: Kein Engel sei so unschuldig, wie die Unternehmer. Die Unternehmer seien aber bestrebt, die Arbeiter in ein Abhängigkeits-Verhältnis zu bringen. Auch trete zweifellos seitens der Regierung eine starke Förderung des Unternehmertums zutage. Der Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrrevier sei ein „schwarzes Buch", mit dem man die Bergarbeiter zu Heloten machen wolle. Es wäre gar nicht erstaunlich, wenn es zu

Trinkt Pfunds Milch!